Jens Berger diskutiert hier über die hohen Benzin- und Dieselpreise. Das „Gemecker“ scheine hierzulande zum guten Ton zu gehören. Hohe Energiepreise seien selbstverständlich sowohl ein soziales als auch ein volkswirtschaftliches Problem. Dieses Problem sei jedoch strukturell und es gebe „leider keine einfachen und schon gar keine kurzfristigen Lösungen“. Die wohl sinnvollste Lösung des Problems sei es, mittel- bis langfristig die volkswirtschaftliche Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, über die man als Volkswirtschaft keine direkte Kontrolle habe, herunterzufahren. Die Energie- und Mobilitätswende sei da ein Erfolg versprechender Ansatz. Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten. Wir haben dazu interessante E-Mails erhalten und danken dafür. Es folgt nun eine Auswahl der Leserbriefe, für Sie zusammengestellt von **Christian Reimann**.

---

1. Leserbrief

Sehr geehrte Nachdenkseiten,

sehr guter Artikel von Jens Berger! Angeblich komplizierte Zusammenhänge, verständlich erklärt!

Ich gehöre durchaus zu den Lesern, die eine Reduktion der volkswirtschaftlich Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für sinnvoll erachten. Nur: Energie- und Mobilitätswende werden nicht im Verhältnis 1:1 umsetzbar sein, sondern nur mit wesentlich weniger Fremdenergie jedweder Provenienz. Wer kann schon sein SUV am 21. Dezember und trüb-grauem Himmel mit der eigenen Solaranlage volltanken?

Freundliche Grüße, und weiter so, Wolfgang Blendinger

Anmerkung Jens Berger: *Lieber Herr Blendinger,*

das ist gar nicht so kompliziert, wie es vielleicht scheint. Die Lösung sind Speicher – idealerweise dezentral und unter kommunaler oder genossenschaftlicher Kontrolle. Ihnen ist ja sicher bekannt, dass „wenn die Sonne scheint“ und der Wind weht, schon heute deutlich mehr Energie produziert als abgenommen wird und die Preise extrem niedrig sind. Mit ausreichender Kapazität kann man die Speicher dann füllen und nachts oder in „Dunkelflauten“ entleeren. Selbst die eAutos selbst können – so sie z.B. bei Eigenheimen

ans Netz angeschlossen sind – diese Funktion übernehmen. Klar, dazu müsste noch viel ins Netz investiert werden und die Rohstoffe/Batterien müssen auch importiert werden. There´s no free lunch. Aber im Vergleich zu permanenten Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und zum gigantischen Kapitalabfluss erscheint mir das durchaus sinnvoll.

Beste Grüße
Jens Berger

---

2. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

vielleicht an der Stelle ein Hinweis: Etwas weniger zugespitzte Darstellung und etwas mehr Blick in die Quellen hätte hier vermutlich geholfen. Sonst entsteht schnell ein schiefes Bild.

Akteure links der Mitte haben durchaus mehrfach eine Übergewinnsteuer – auch im Kontext der Rüstungsindustrie – gefordert, z. B. Hier, hier oder auch hier.

Ich weiß, dass Sie mit linker Politik nicht viel anfangen können, aber wenn man den Anspruch hat, sauber zu argumentieren, sollte man bei den Fakten bleiben.

Viele Grüße
Dr Micha Kaiser

Anmerkung Jens Berger: *Lieber Herr Kaiser,*

Sie haben Recht, die Formulierung ist so nicht korrekt. Wir ergänzen den Text mit einem Hinweis.

Dass ich mit „linker Politik“ nicht viel anfangen kann, weise ich übrigens entschieden von mir. Wenn Sie den Text zu Ende lesen, stellen Sie fest, dass meine Vorschläge (Verstaatlichung, Energiewende) doch ziemlich „links“, wenn auch klassisch links, sind.

Beste Grüße
Jens Berger

---

3. Leserbrief

Hallo Jens,

eigentlich ist die Sache ganz einfach! Passende Gesetze machen.

Jeder der in Deutschland Kraftstoffe anbieten will, muss die komplette Einkaufskette offen legen ab der Quelle. Was kostet das Rohöl, was kostet die Raffination usw. Dann wird vom Staat eine Obergrenze eingeführt, was jeder Schritt zusätzlich kosten darf. Wer nicht mitmacht, darf nix mehr anbieten. So könnte man die Gewinne kontrollieren, ohne die Konzerne zu zerschlagen oder zu enteignen. Dazu wäre der Kraftstoff als Grundversorgung zu definieren, der nicht den freien Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage folgen kann. Denn tanken muss (fast) “jeder”. Ich denke die Konzerne würden sich eher mit geringeren Gewinnen zufrieden geben, als den deutschen Markt gänzlich aufzugeben.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Kraftstoff massiv durch Steuern verteuert wird. Besonders frech finde ich die Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer! Aber bevor man da angreift und den Ölmultis noch mehr Geld in die Kassen spült, sind deren undurchsichtigen Geschäftspraktiken der Hahn abzudrehen.

Man kann sich auch mal bei den anderen Ländern umschauen, die bekommen ja auch günstigere Preise hin

Beste Grüße
H. Dietrich

---

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger

Für mich, als einem in wirtschaftlichen Dingen nicht allzu bewanderten Zeitgenossen, sind ihre verständlichen an aktuellen Problemlagen ausgerichteten wirtschaftlichen Analysen und Einschätzungen immer sehr lehrreich und überzeugend.

Zu diesem Artikel möchte ich nur noch eine Bemerkung zu den zunächst scheinbar vielversprechenden Möglichkeiten, die die Energie- und Mobilitätswende für den Bürger mit sich bringen könnte, wenn das nicht, wie sie richtig schreiben “leider unrealistisch ist, wenn man sich die politische und gesellschaftliche Gemengelage anschaut”.

Die Möglichkeiten für den Bürger, sich mit PV-Anlagen z.B. auf dem eigenen Hausdach oder im Rahmen von (kommunalen oder sonstigen Initiativen) direkt an den Gewinnen der Stromwirtschaft zu beteiligen, sind tatsächlich enorm und in vieler Hinsicht sinnvoll (z.B. dezentrale Stromerzeugung, die ohne großen Netzausbau auskommen würde und sogar im Kriegsfall, die beste Variante wäre). Leider ist zu beobachten, dass die Energiewirtschaft versucht ihre Pfründe mit allen MItteln insbesondere durch politische Einflussnahme zu verteidigen. In der Vergangenheit waren deren Einnahmen und damit ihre Investitionen sogar mittels Abnahmegarantien durch den Staat abgesichert. Neben den großen Playern hierzulande (Eon, Wattenfall, EnBw etc.) steigen nun auch die Mineralölkonzerne in den Bau von großen Windparks ein. Letztlich werden auch diesen Markt in Zukunft, wenn es so weiterläuft, wie es sich derzeit andeuet, einige wenige Konzerne domineren und es könnte wieder zu einem Oligopol führen. Ob sie den Strompreis dann ähnlich wie die Benzinpreise aktuell nach gutdünken festlegen können ist mir nicht klar, erscheint mir aber möglich. Die Unabhängigkeit von nicht bzw. schwer kontrollierbaren undurchsichtigen internationalen Lieferketten könnte so aber zumindest vermieden werden.

Fritz Gerhard

---

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

dem muss ich entschieden widersprechen.

Die Lösung scheint kompliziert zu sein unter den aktuellen politischen Leitmotiven und einer Regierung, die mit alle Ministerien gegen die Bevölkerung arbeitet zugunsten des „Marktes“, der das „schon regeln“ wird.

Fakt ist, dass der Regierung genug Instrumente zur Hand gelegt sind, konsequent und entschieden dagegen vorzugehen.

Wie wäre es beispielsweise neben Enteignung und Verstaatlichung mit dem Aufbau einer eigenen „Schattenflotte“ von „billigen und maroden Tankern“ (durch Kauf und Beschlagnahmung), um die Lieferungen mit anderen Lieferanten zu vereinbaren… z.B. Venezuela oder Iran oder Syrien solange die Energiewende nicht vollzogen ist?

Ach, das geht ja nicht. Das eine ist der Hinterhof der USA, das andere ein Schurkenstaat

und Syrien existiert irgendwie nicht. Das ist auch so blöd, wenn man Geisteshaltung gegen Pragmatismus eintauscht – wie damals beim Atomausstieg.

Die Bundesregierung könnte neben der Drohung der Nord-Stream-Öffnung mit so vielen Mitteln die Konzerne umerziehen – funktioniert ja bei der Bevölkerung auch. Machen aber die Verantwortlichen nicht. Es juckt sie schlicht nicht, weil sie nicht davon betroffen sind.

Die Lebenshaltungskosten könnten locker um 100% steigen, jeder einzelne Minister und Parlamentarier könnte das aus der Portokasse bezahlen… vorausgesetzt es bleibt was zum Bezahlen nach etlichen Zuschüssen und Kostenübernahmen für den Amtsträger.

Deshalb redet man sich den Mund fusselig über kosmetische Eingriffe, die alles nur verschlimmbessern für alle anderen – nur sich selbst nicht.

Wie würden die Entscheidungen und auch die Entschlossenheit derjenigen aussehen, wenn man zum Beispiel alle Einkommen der Parlamentarier aussetzt und nur noch bezahlt, wenn die Maßnahmen nachweislich erfolgreich umgesetzt wurden zugunsten der Bevölkerung?

Dann können die meinetwegen auch zu Recht das zehnfache der aktuellen Abgeordneten-„entschädigung“ verdienen. Aber bitte nicht im Vorfeld das x-fache eines normalen Bürgers verdienen und alles auf irgendwelche (dysfunktionalen) Marktmechanismen schieben, die einen selbst nicht betreffen.

Augenrollende Grüße
Eugen Baitinger

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.

- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.